



Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Brandenburg

Teil II – Verordnungen

16. Jahrgang	Potsdam, den 14. Juli 2005	Nummer 17
---------------------	-----------------------------------	------------------

Datum	Inhalt	Seite
30.5.2005	Verordnung über Zuweisungen zu den Kosten der sozialen Grundsicherung und Jugendhilfe (Sozial- und Jugendhilfekostenverordnung – SJHKV)	302
30.5.2005	Verordnung zur Verteilung von Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen für das Jahr 2005 (SoBEZ VertV 2005)	302
4.6.2005	Verordnung zur Änderung der Sekundarstufe I-Verordnung	303
6.6.2005	Verordnung zur Änderung von Zuständigkeitsverordnungen auf den Gebieten der gefährlichen Stoffe und der Gentechnik, des Strahlenschutzes sowie der Energieverbrauchskennzeichnung	303
9.6.2005	Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen für das Studienjahr 2005/2006	306
14.6.2005	Fünfte Verordnung zur Änderung der Lernmittelverordnung	312

**Verordnung
über Zuweisungen zu den Kosten
der sozialen Grundsicherung und Jugendhilfe
(Sozial- und Jugendhilfekostenverordnung – SJHKV)**

Vom 30. Mai 2005

Auf Grund des § 15 Satz 3 des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes vom 29. Juni 2004 (GVBl. I S. 262) verordnet der Minister der Finanzen im Einvernehmen mit dem Minister für Bildung, Jugend und Sport und der Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie:

§ 1

Berechnungsgrundlagen

Die Mittel nach § 15 Satz 3 des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes werden wie folgt auf die örtlichen Träger der Sozial- und Jugendhilfe aufgeteilt:

1. nach der Zahl der Einwohner bis zum vollendeten 21. Lebensjahr mit 25 vom Hundert,
2. nach der Zahl der Einwohner ab dem vollendeten 65. Lebensjahr mit 25 vom Hundert,
3. nach den Nettoaufwendungen der örtlichen Träger der Sozial- und Jugendhilfe mit 50 vom Hundert.

Als Einwohnerzahl nach Satz 1 Nr. 1 und 2 gilt die in der amtlichen Statistik erfasste und auf den 31. Dezember des vorvergangenen Jahres fortgeschriebene Bevölkerung. Als Nettoaufwendungen gemäß Satz 1 Nr. 3 sind die Zuschussbedarfe des Verwaltungshaushaltes des Abschnitts 41 (Sozialhilfe nach dem BSHG beziehungsweise nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch – SGB XII) und des Abschnitts 45 (Jugendhilfe nach dem KJHG) entsprechend den Ergebnissen des vorvergangenen Jahres der Jahresrechnungsstatistik zugrunde zu legen.

§ 2

Berechnung und Auszahlung

Das Ministerium der Finanzen berechnet und setzt zu Beginn des jeweiligen Haushaltsjahres die Anteile der einzelnen örtlichen Träger der Sozial- und Jugendhilfe fest. Die Auszahlung der Beträge erfolgt in vier gleichen Teilbeträgen jeweils bis zum 15. Kalendertag des ersten Monats eines Quartals.

§ 3

In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2005 in Kraft und am 31. Dezember 2006 außer Kraft.

Potsdam, den 30. Mai 2005

Der Minister der Finanzen

Rainer Speer

**Verordnung
zur Verteilung von Sonderbedarfs-
Bundesergänzungszuweisungen für das Jahr 2005
(SoBEZ VertV 2005)**

Vom 30. Mai 2005

Auf Grund des § 15 Satz 2 des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes vom 29. Juni 2004 (GVBl. I S. 262) verordnet der Minister der Finanzen im Einvernehmen mit der Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie:

§ 1

Verteilung

(1) Von den Mitteln nach § 15 Satz 2 des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes wird ein Anteil von 90 vom Hundert jeweils hälftig nach den Kosten der Unterkunft und Heizung gemäß § 22 Abs. 1 SGB II und nach der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch auf die Landkreise und kreisfreien Städte aufgeteilt. Als Bemessungsgrundlage nach Satz 1 gelten die von der Bundesagentur nach § 53 SGB II veröffentlichten Statistiken. Dabei wird bei den Kosten der Unterkunft und Heizung auf die kumulierten Daten vom 1. Januar 2005 bis zum 31. Dezember 2005 abgestellt. Bei der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften wird das arithmetische Mittel aus den Monatswerten des 2. Halbjahres 2005 gebildet.

(2) 10 vom Hundert der Mittel nach § 15 Satz 2 des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes sind für den Ausgleich besonderer Belastungen im Sinne des § 15 Satz 2 des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes der kommunalen Aufgabenträger bestimmt. Diese Mittel werden unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände auf die kommunalen Aufgabenträger aufgeteilt.

§ 2

Festsetzung und Auszahlung

(1) Das Ministerium der Finanzen setzt die Zuweisungen nach § 1 für die kommunalen Aufgabenträger unverzüglich nach Vorliegen der für die Bemessung nach § 1 Abs. 1 Satz 3 und 4 erforderlichen Daten fest.

(2) Auf die Zuweisungen nach § 1 Abs. 1 erhalten die kommunalen Aufgabenträger bis zum 15. Kalendertag des zweiten Monats eines Quartals Abschlagszahlungen. Die geleisteten Abschlagszahlungen werden mit der endgültigen Festsetzung verrechnet. Zuviel erhaltene Abschläge werden zurückgefordert oder mit entsprechenden Zahlungen nachfolgender Zeiträume verrechnet.

§ 3

In-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2005 in Kraft.

Potsdam, den 30. Mai 2005

Der Minister der Finanzen

Rainer Speer

Verordnung zur Änderung der Sekundarstufe I-Verordnung

Vom 4. Juni 2005

Auf Grund des § 23 des Brandenburgischen Schulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. August 2002 (GVBl. I S. 78) verordnet der Minister für Bildung, Jugend und Sport:

Artikel 1

Änderung der Sekundarstufe I-Verordnung

Die Sekundarstufe I-Verordnung vom 21. Januar 2005 (GVBl. II S. 62) wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Nach der Angabe zu § 71 wird die folgende Angabe eingefügt:

„§ 72 Bestimmungen für Gesamtschulen und Gymnasien“.
 - b) Die bisherigen Angaben zu den §§ 72 und 73 werden die Angaben zu den §§ 73 und 74.

2. Nach § 71 wird folgender § 72 eingefügt:

„§ 72

Bestimmungen für Gesamtschulen und Gymnasien

(1) Für Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 10 im Schuljahr 2005/2006 eines Gymnasiums oder einer Gesamtschule bestimmen sich die Voraussetzungen für den Erwerb von Abschlüssen und Berechtigungen auf der Grundlage der Sekundarstufe I-Verordnung vom 18. Dezember 2003 (GVBl. 2004 II S. 2), geändert durch Verordnung vom 15. April 2004 (GVBl. II S. 318).

(2) Sofern eine Schülerin oder ein Schüler die Jahrgangsstufe 10 wiederholt, erfolgt der weitere Schulbesuch nach den Regelungen dieser Verordnung.“

3. Die bisherigen §§ 72 und 73 werden die §§ 73 und 74.

Artikel 2

In-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt am 1. August 2005 in Kraft.

Potsdam, den 4. Juni 2005

Der Minister für Bildung,
Jugend und Sport

Holger Rupprecht

Verordnung zur Änderung von Zuständigkeitsverordnungen auf den Gebieten der gefährlichen Stoffe und der Gentechnik, des Strahlenschutzes sowie der Energieverbrauchskennzeichnung

Vom 6. Juni 2005

Auf Grund des § 9 Abs. 2 des Landesorganisationsgesetzes vom 24. Mai 2004 (GVBl. I S. 186) und des § 36 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602) verordnet die Landesregierung:

Artikel 1

Änderung der Gefahrstoffzuständigkeitsverordnung

Die Gefahrstoffzuständigkeitsverordnung vom 30. Mai 2003 (GVBl. II S. 346, 349), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 23. Juli 2004 (GVBl. II S. 666, 670) wird wie folgt geändert:

Die Anlage wird wie folgt geändert:

- a) In Abschnitt II Nr. 1 werden die Angabe „LVL Landesamt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft“ durch die Angabe „LVLF Landesamt für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung“, die Angabe „MASGF Mi-

nisterium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen“ durch die Angabe „MASGF Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie“ und die Angabe „MLUR Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung“ durch die Angabe „MLUV Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz“ ersetzt.

- b) Im Verzeichnis werden in der Spalte **Zuständige Behörde** die Angabe „LVL“ durch die Angabe „LVLF“ und die Angabe „MLUR“ durch die Angabe „MLUV“ ersetzt.
- c) Die laufende Nummer 1.3 wird wie folgt gefasst:

„1.3 Gefahrstoffverordnung

1.3.1	Zweiter Abschnitt und Anhang II	Aufgaben der zuständigen Behörde; im Zusammenhang damit: Verlangen von Nachweisen nach § 19 Abs. 4, Erteilung von Ausnahmen oder Anordnungen nach § 20, Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach §§ 23 und 24 Abs. 1	LVL ^F
1.3.2	Dritter bis Sechster Abschnitt sowie Anhang III und IV	Aufgaben der zuständigen Behörde; Erteilung von Ausnahmen oder Anordnungen nach § 20, Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach §§ 24 Abs. 2, 25 und 26	LAS/LBGR
1.3.3	Anhang III Nr. 4.4 und 4.6, Anhang III Nr. 5.3 Abs. 2 und Nr. 5.7	Aufgaben der zuständigen Behörde	LAS
1.3.4	Anhang III Nr. 4.6	Entgegennahme der Mitteilung über Schädlingsbekämpfungen in Gemeinschaftseinrichtungen	LR/OBM“.

- d) Die laufende Nummer 1.5 wird wie folgt gefasst:

„1.5 Biostoffverordnung

1.5.1	Gesamter Verordnungstext	Aufgaben der zuständigen Behörde	LAS/LBGR“.
-------	--------------------------	----------------------------------	------------

Artikel 2

Änderung der Strahlenschutzzuständigkeitsverordnung

Die Strahlenschutzzuständigkeitsverordnung vom 29. Oktober 2002 (GVBl. II S. 618) wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 3 wird aufgehoben.
2. Die Anlage wird wie folgt geändert:
 - a) In Abschnitt II Nr. 1 werden die Angabe „AAS Amt für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik“ durch die Angabe

„LAS Landesamt für Arbeitsschutz“, die Angabe „LBB Landesbergamt“ durch die Angabe „LBGR Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe“, die Angabe „LVL Landesamt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft“ durch die Angabe „LVL^F Landesamt für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung“, die Angabe „MASGF Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen“ durch die Angabe „MASGF Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie“ und die Angabe „MLUR Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung“ durch die Angabe „MLUV Ministerium für Ländliche Entwicklung, Um-

welt und Verbraucherschutz“ ersetzt. Nach der Angabe „LBGR Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe“ wird die Angabe „LUA Landesumweltamt“ eingefügt. Die Angaben „AfI Amt für Immissionsschutz“ und „LIAA Landesinstitut für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin“ werden gestrichen.

- b) Im Verzeichnis werden in der Spalte **Zuständige Behörde/Zuständige Stelle** die Angabe „AAS“ durch die Angabe „LAS“, die Angabe „LBB“ durch die Angabe „LBGR“, die Angabe „LVL“ durch die Angabe „LVLf“ und die Angabe „MLUR“ durch die Angabe „MLUV“ ersetzt.

„2.2.3.1.5 § 30 Abs. 2 Satz 4 und 5
und Abs. 4 Satz 2

Entzug der Fachkunde/Kenntnisse,
Erteilung von Auflagen zur Fortgeltung,
Überprüfung der Fachkunde/Kenntnisse

die gemäß Heilberufsgesetz
benannten zuständigen Stellen,
LVLf für Anlagen gemäß
§ 7 AtG u. Tätigkeiten im Sinne
von §§ 9 und 9a AtG, im Übrigen
LAS/LBGR“.

- f) Nach der laufenden Nummer 4.2.1.1 wird folgende laufende Nummer 4.2.1.1a eingefügt:

„4.2.1.1a § 3 Abs. 4 Satz 3

Bedürfnisprüfung (Teleradiologie)

MASGF“.

- g) In der laufenden Nummer 4.3.1.17 wird in der Spalte **Vorschrift** die Angabe wie folgt gefasst:

„§ 18a Abs. 1 Satz 3 und Abs. 3 Satz 2“.

- h) Die laufende Nummer 4.3.1.21 wird wie folgt gefasst:

„4.3.1.21 § 18a Abs. 2 Satz 4
und 5 sowie Abs. 3
Satz 2

Entzug der Fachkunde/Kenntnisse,
Erteilung von Auflagen zur Fortgeltung,
Überprüfung der Fachkunde/Kenntnisse

die gemäß Heilberufsgesetz
benannten zuständigen Stellen,
im Übrigen LAS/LBGR“.

- i) Die laufende Nummer 4.4.9 wird wie folgt gefasst:

„4.4.9 § 41 Abs. 1

Ermächtigung von Ärzten

LAS“.

- j) In der laufenden Nummer 5.10 wird in der Spalte **Zuständige Behörde/Zuständige Stelle** die Angabe „AfI“ durch die Angabe „LUA“ ersetzt.

- c) In den laufenden Nummern 2.2.3.1.1, 2.2.3.1.3, 2.2.3.3.11, 2.2.3.3.15, 2.2.3.3.16, 2.2.3.4.8, 2.2.3.7.7, 2.2.3.7.8, 2.2.3.8.1, 2.3.1.6, 4.2.1.8, 4.3.1.16, 4.3.1.18, 4.3.4.8, 4.3.4.12, 4.3.4.17, 4.3.4.21 und 4.4.10 wird in der Spalte **Zuständige Behörde/Zuständige Stelle** die Angabe „MASGF“ durch die Angabe „LAS“ ersetzt.

- d) In der laufenden Nummer 2.2.3.1.2 wird in der Spalte **Vorschrift** die Angabe wie folgt gefasst:

„§ 30 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 4 Satz 2“.

- e) Die laufenden Nummern 2.2.3.1.5 und 2.2.3.1.6 werden zu folgender neuen laufenden Nummer 2.2.3.1.5 zusammengefasst:

Artikel 3 Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten nach der Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung und der Energieverbrauchshöchstwertverordnung

Die Verordnung über Zuständigkeiten nach der Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung und der Energieverbrauchshöchstwertverordnung vom 19. Februar 2002 (GVBl. II S. 142) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 2 werden die Wörter „Die Ämter für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik sind“ durch die Wörter „Das Landesamt für Arbeitsschutz ist“ ersetzt.
2. In § 2 werden die Wörter „die Ämter für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik“ durch die Wörter „das Landesamt für Arbeitsschutz“ und das Wort „sind“ durch das Wort „ist“ ersetzt.

Artikel 4
In-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Potsdam, den 6. Juni 2005

Die Landesregierung
des Landes Brandenburg

Der Ministerpräsident

Matthias Platzeck

Die Ministerin für Arbeit,
Soziales, Gesundheit und Familie

Dagmar Ziegler

Der Minister für Wirtschaft

Ulrich Junghanns

Der Minister für Ländliche Entwicklung,
Umwelt und Verbraucherschutz

Dr. Dietmar Woidke

**Verordnung über die Festsetzung
von Zulassungszahlen für das
Studienjahr 2005/2006**

Vom 9. Juni 2005

Auf Grund des § 27 Abs. 1 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Juli 2004 (GVBl. I S. 394) verordnet die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur im Benehmen mit den Hochschulen:

§ 1

(1) Für die in der Anlage zu dieser Verordnung bezeichneten Studiengänge wird an den dort genannten Hochschulen die

Zahl der im Wintersemester 2005/2006 und im Sommersemester 2006 aufzunehmenden Bewerber in das erste Fachsemester nach Maßgabe der Anlage festgesetzt.

(2) Für den in der Anlage aufgeführten Studiengang Psychologie (Diplom) wird die Vergabe von Studienplätzen an Studienanfänger durch die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) angeordnet.

(3) Für alle übrigen Studiengänge werden die Studienplätze durch die Hochschulen vergeben.

§ 2

(1) Für die in der Anlage bezeichneten Studiengänge an den dort genannten Hochschulen werden auch Zulassungsbegrenzungen für Bewerber, die nicht Studienanfänger sind, festgesetzt.

(2) Bewerber, die nicht Studienanfänger sind, werden zum Weiterstudium im zweiten oder in einem höheren Fachsemester nur in dem Maße neu aufgenommen, wie die Zahl der Studierenden des jeweiligen Fachsemesters unter der festgelegten Auffüllgrenze liegt.

(3) Soweit nicht in der Anlage im Einzelnen festgelegt, entsprechen die Auffüllgrenzen den für den betreffenden Studiengang festgesetzten Zulassungszahlen für Studienanfänger.

§ 3

Von den in der Anlage festgesetzten Zulassungszahlen zum 1. Fachsemester im Studiengang Rechtswissenschaft (Staatsexamen) an der Universität Potsdam stehen höchstens 50 Studienplätze auf Grund der vereinbarten Zusammenarbeit zwischen der Universität Potsdam und der Universität Paris-Nanterre französischen Bewerbern zur Verfügung.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Potsdam, den 9. Juni 2005

Die Ministerin für Wissenschaft,
Forschung und Kultur

Prof. Dr. Johanna Wanka

Anlage zur Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen für das Studienjahr 2005/2006

Studiengang	Fachsemester	Zulassungszahl bzw. Auffüllgrenze	
		WS 05/06	SS 2006
Universität Potsdam			
Allgemeine und Theoretische Linguistik (MHF)	1. FS	15	0
Allgemeine und Theoretische Linguistik (MNF)	1. FS	7	0
Allgemeine und vergleichende Literaturwiss. (MNF)	1. FS	124	0
Anglistik/Amerikanistik (MHF)	1. FS	262	0
	2.-4. FS	173	354
Anglistik/Amerikanistik (MNF)	1. FS	35	0
Anthropogeographie (MHF)	1. FS	46	0
	2. FS	0	43
	3. FS	41	0
	4. FS	0	39
Arbeitslehre (LSIP)	1. FS	34	0
Arbeitslehre/ Technik (LG)	1. FS	19	0
Biologie (LSIP/SP; LSIP; LG)	1. FS	55	0
	2. FS	0	50
	3. FS	46	0
	4. FS	0	43
Biologie (MNF)	1. FS	26	0
Biowissenschaften (BA) *	1. FS	89	0
Betriebswirtschaftslehre (D)	1. FS	178	0
Betriebswirtschaftslehre (MNF)	1. FS	38	0
Chemie (D)	1. FS	70	0
Chemie (MNF)	1. FS	10	0
Chemie (LSIP/SP; LSIP; LG)	1. FS	40	0
Computerlinguistik (D)	1. FS	17	0
Computerlinguistik (MHF)	1. FS	16	0
Computerlinguistik (MNF)	1. FS	8	0
Deutsch (LSIP/SP; LSIP; LG)	1. FS	143	0
	2.-4. FS	125	251
Englisch (LSIP/SP; LSIP; LG)	1. FS	123	0
	2.-4. FS	106	212
Erdkunde (LSIP, LG)	1. FS	46	0
	2. FS	0	45
	3. FS	44	0
	4. FS	0	43
Ernährungswissenschaft (BA) *	1. FS	32	0
Erziehungswissenschaft (MHF)	1. FS	49	0
Erziehungswissenschaft (MNF)	1. FS	20	0
Europäische Medienwissenschaft (BA)	1. FS	28	0
Europäische Medienwissenschaft (MA)	1. FS	20	0

Studiengang	Fachsemester	Zulassungszahl bzw. Auffüllgrenze	
		WS 05/06	SS 2006
Französische Philologie (MHF)	1. FS	44	0
Französische Philologie (MNF)	1. FS	33	0
Französisch (LSIP/SP; LSIP; LG)	1. FS	45	0
Germanistik (MHF)	1. FS	179	0
	2.-4. FS	137	277
Germanistik (MNF)	1. FS	46	0
Geschichte (MHF)	1. FS	180	0
	2.-4. FS	127	258
Geschichte (MNF)	1. FS	40	0
Geschichte (LSIP/SP; LSIP; LG)	1. FS	54	0
	2.-4. FS	46	91
Geographie (MNF)	1. FS	40	0
Geoökologie (D)	1. FS	54	0
	2. FS	0	51
	3. FS	49	0
	4. FS	0	48
Geowissenschaften (D)	1. FS	103	0
	2. FS	0	93
	3. FS	85	0
	4. FS	0	77
Grundschulpädagogik Lehramt LSIP/SP: (Fächer u. Lernbereiche je 25 SWS)			
Mathematik (kleines Fach)	1. FS	48	0
Deutsch (kleines Fach)	1. FS	49	0
Sachunterricht (kleines Fach)	1. FS	63	0
Musik (kleines Fach)	1. FS	16	0
Sport (kleines Fach)	1. FS	11	0
Lernbereich musisch-ästhet. Erziehung	1. FS	5	0
Informatik (D)	1. FS	79	0
Informatik (BA)	1. FS	25	0
Informatik (MA)	1. FS	0	7
Informatik (MHF/2. Fach)	1. FS	28	0
Informatik (MNF)	1. FS	16	0
Informatik (LSIP; LG)	1. FS	32	0
Italienisch (MHF)	1. FS	39	0
Italienisch (MNF)	1. FS	28	0
Italienisch (LSIP/SP; LSIP; LG) (nur als Erweiterungsfach)	1. FS	20	0
Jüdische Studien (MHF)	1. FS	122	0
Jüdische Studien (MNF)	1. FS	58	0
Kunst (LSIP/SP; LSIP)	1. FS	29	0
Latein (MHF)	1. FS	40	0
Latein (MNF)	1. FS	14	0
Latein (LSIP; LG)	1. FS	35	0
Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde (LSIP; Gym 2. F.)	1. FS	51	0
Linguistik (BA)	1. FS	15	0
Mathematik (D)	1. FS	101	0

Studiengang	Fachsemester	Zulassungszahl bzw. Auffüllgrenze	
		WS 05/06	SS 2006
Mathematik (MNF)	1. FS	14	0
Mathematik (LSIP/SP; LSIP; LG)	1. FS	114	0
Musik (MNF)	1. FS	24	0
Musik (LSIP; LG)	1. FS	44	0
Patholinguistik (D)	1. FS	32	0
Philosophie (MHF)	1. FS	87	0
Philosophie (MNF)	1. FS	45	0
Physik (D)	1. FS	100	0
Physik (MNF)	1. FS	30	0
Physik (LSIP/SP; LSIP; LG)	1. FS	50	0
Politikwissenschaft (D)	1. FS	93	0
Politikwissenschaft (MHF)	1. FS	41	0
Politikwissenschaft (MNF)	1. FS	37	0
Politische Bildung (LSIP, LG)	1. FS	33	0
Polonistik (MNF)	1. FS	60	0
Polnisch (LSIP/SP; LSIP; LG)	1. FS	30	0
Psychologie (D)	1. FS	75	0
	2. FS	0	74
	3. FS	72	0
	4. FS	0	70
	5.-8. FS	193	128
Psychologie (MNF)	1. FS	15	0
Rechtswissenschaft (ST)	1. FS	418	0
	2.-4. FS	331	667
	5.-8. FS	471	420
Rechtswissenschaft (MNF)	1. FS	32	0
Regionalwissenschaften (BA)	1. FS	24	0
Regionalwissenschaften (MA)	1. FS	0	10
Religionswissenschaft (MNF)	1. FS	63	0
Russistik (MNF)	1. FS	42	0
Russisch (LSIP/SP; LSIP; LG)	1. FS	37	0
Slavistik (MHF)	1. FS	157	0
IT-Systems Engineering (BA)	1. FS	59	0
IT-Systems Engineering (MA)	1. FS	0	40
Soziologie (MHF)	1. FS	80	0
Soziologie (MNF)	1. FS	53	0
Spanische Philologie (MHF)	1. FS	59	0
Spanische Philologie (MNF)	1. FS	45	0
Spanisch (LSIP/SP; LSIP; LG)	1. FS	50	0
Sportwissenschaft (D)	1. FS	74	0
Sport (LSIP/SP; LSIP; LG)	1. FS	36	0
Sport (MNF)	1. FS	6	0
Technik/Technologie (MNF)	1. FS	10	0

Studiengang	Fachsemester	Zulassungszahl bzw. Auffüllgrenze	
		WS 05/06	SS 2006
Verwaltungswissenschaft (D)	1. FS	78	0
Volkswirtschaftslehre (D)	1. FS	107	0
Volkswirtschaftslehre (MNF)	1. FS	32	0
Volkswirtschaftslehre – sozialwissenschaftliche Richtung (D)	1. FS	27	0
Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)			
Internationale Betriebswirtschaftslehre (BA)	1. FS	384	0
Rechtswissenschaft (St)	1. FS	240	0
German an Polish Law (BA)	1. FS	100	0
International Business Administration (BA)	1. FS	50	0
International Business Administration (MA)	1. FS	28	0
Kulturwissenschaften (BA)	1. FS	140	89
Kulturwissenschaften (MA)	1. FS	54	34
European Studies (MA)	1. FS	60	30
Volkswirtschaftslehre (BA)	1. FS	74	0
Fachhochschule Brandenburg			
Betriebswirtschaftslehre (D)	1. FS	101	0
Wirtschaftsinformatik (D)	1. FS	60	0
Computing and Media (BA)	1. FS	35	0
Medieninformatik (BA)	1. FS	35	0
Fachhochschule Eberswalde			
International Forest Ecosystem Management (BA)	1. FS	52	0
Landschaftsnutzung und Naturschutz (D)	1. FS	33	0
Landschaftsnutzung und Naturschutz (BA)	1. FS	33	0
Regionalmanagement (BA)	1. FS	32	0
Controlling, Accounting, Taxation (BA) **	1. FS	56	0
Unternehmensmanagement (BA) **	1. FS	56	0
Forstwirtschaft (BA)	1. FS	54	0
Ökolandbau und Vermarktung (BA)	1. FS	41	0
Fachhochschule Lausitz			
Sozialarbeit/Sozialpädagogik (D)	1. FS	110	0
Betriebswirtschaftslehre (D)	1. FS	122	0
Biotechnologie (BA)	1. FS	81	0
Biotechnologie (MA)	1. FS	0	21
Fachhochschule Potsdam			
Soziale Arbeit (Präsenzst.; BA)	1. FS	97	0
Soziale Arbeit (online-Studiengang) (BA)	1. FS	0	25
Bildung und Erziehung (BA)	1. FS	25	0
Architektur (BA)	1. FS	63	0
Architektur (MA)	1. FS	48	0
Restaurierung (D)	1. FS	29	0
Kulturarbeit (D)	1. FS	29	0
Archivwesen (D)	1. FS	29	0
Bibliothekswesen (D)	1. FS	29	0
Dokumentation (D)	1. FS	29	0

Studiengang	Fachsemester	Zulassungszahl bzw. Auffüllgrenze	
		WS 05/06	SS 2006
Kommunikationsdesign (D)	1. FS	23	0
Kommunikationsdesign (BA)	1. FS	20	0
Produktdesign (D)	1. FS	13	0
Produktdesign (BA)	1. FS	14	0
Interfacedesign (BA)	1. FS	25	0
Design (MA)	1. FS	10	0
Technische Fachhochschule Wildau			
Betriebswirtschaftslehre (D)	1. FS	93	0
Betriebswirtschaftslehre (Fernstudium)	1. FS	80	0
Wirtschaftsinformatik (D)	1. FS	70	0
Wirtschaft und Recht (D)	1. FS	90	0
Verwaltung und Recht (D)	1. FS	43	0
Ingenieurwesen (D)	1. FS	120	0
Logistik (D)	1. FS	70	0
Wirtschaftsingenieurwesen (D)	1. FS	70	0
Wirtschaftsingenieurwesen (D) (Fernstudium)	1. FS	40	0
Luftfahrttechnik/Luftfahrtlogistik (BA)	1. FS	40	0
Telematik (BA)	1. FS	41	0
Telematik (MA)	1. FS	19	0
Bioinformatik/Biosystemtechnik (BA)	1. FS	43	0
Bioinformatik/Biosystemtechnik (MA)	1. FS	21	0
Europäisches Management (BA)	1. FS	70	0

Anmerkungen:

* vorbehaltlich der Genehmigung zur Einrichtung des Studiengangs

** vorbehaltlich der Genehmigung, ansonsten gehen diese Studienplätze zu „Regionalmanagement (BA)“

EW = Erweiterungsstudiengang (postgradual)

ST = 1. Jurist. Staatsexamen

D = Diplom

MHF = Magister Hauptfach

MNF = Magister Nebenfach

MA = Master

BA = Bachelor

LSIP/SP = Bachelor Lehramt Sekundarstufe I und Primarstufe mit dem Schwerpunkt Primarstufe

LSIP = Bachelor Lehramt Sekundarstufe I und Primarstufe

LG = Bachelor Lehramt an Gymnasien

**Fünfte Verordnung
zur Änderung der Lernmittelverordnung**

Vom 14. Juni 2005

Auf Grund des § 14 Abs. 4 und des § 111 Abs. 2 und 3 des Brandenburgischen Schulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. August 2002 (GVBl. I S. 78) verordnet der Minister für Bildung, Jugend und Sport im Einvernehmen mit dem Minister des Innern:

Artikel 1
Änderung der Lernmittelverordnung

Die Lernmittelverordnung vom 14. Februar 1997 (GVBl. II S. 88), zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. Oktober 2001 (GVBl. II S. 616), wird wie folgt geändert:

1. § 12 Abs. 1 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Der Eigenanteil entfällt für Schülerinnen und Schüler, die

1. Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz,
2. Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem dritten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch – Sozialhilfe – oder
3. Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld nach Kapitel 3 Abschnitt 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitsuchende –

erhalten.“

2. § 13 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 3 werden nach dem Wort „Vorschriften“ das Komma und die Wörter „insbesondere die Verdingungsordnung für Leistungen – ausgenommen Bauleistungen (VOL),“ gestrichen.

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Sammelbestellungen für Eltern oder Schülerinnen und Schüler für die im Rahmen des Eigenanteils zu beschaffenden Lernmittel sind kein öffentlicher Auftrag. Sie dürfen nicht in die Bestellung gemäß Absatz 1 einbezogen werden.“

Artikel 2
In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Artikel 1 Nr. 1 tritt mit Ablauf des 28. Februar 2006 außer Kraft.

Potsdam, den 14. Juni 2005

Der Minister für Bildung,
Jugend und Sport

Holger Rupprecht

Herausgeber: Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg.

Der Bezugspreis beträgt jährlich 46,02 EUR (zzgl. Versandkosten + Portokosten). Die Einzelpreise enthalten keine Mehrwertsteuer. Die Einweisung kann jederzeit erfolgen.

Die Berechnung erfolgt im Namen und für Rechnung des Ministeriums der Justiz des Landes Brandenburg.

Die Kündigung ist nur zum Ende eines Bezugsjahres zulässig; sie muss bis spätestens 3 Monate vor Ablauf des Bezugsjahres dem Verlag zugegangen sein.

Die Lieferung dieses Blattes erfolgt durch die Post. Reklamationen bei Nichtzustellung, Neu- bzw. Abbestellungen, Änderungswünsche und sonstige Anforderungen sind an die Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH zu richten.

Herstellung, Verlag und Vertrieb: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH, Karl-Liebknecht-Straße 24–25, Haus 2, 14476 Golm (bei Potsdam), Telefon Potsdam (03 31) 56 89 - 0